

Hintergrund

Bewilligungspflicht gefordert

Zürich. - Nach der Hundeattacke in Oberglatt verlangen Zürcher Politiker eine Bewilligungspflicht für das Halten potenziell gefährlicher Hunde.

Am Montag wollen Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt), Claudio Schmid (SVP, Bülach) und Urs Hany (CVP, Niederhasli) eine entsprechende parlamentarische Initiative einreichen. Sie entspricht inhaltlich in weiten Teilen dem Basler Modell (siehe Haupttext). «Es geht uns nicht darum, einzelne Hunderassen zu diskriminieren, sondern Tragödien wie in Oberglatt künftig möglichst zu verhindern. Das Gesetz zielt darum primär auf den Halter, der stärker in die Verantwortung genommen werden muss», sagte Winkler.

Noch vor wenigen Jahren hatten solche Anliegen keine Chancen: 2001 wurde ein Leinenzwang für gefährliche Hunde ebenso verworfen, wie eine Meldepflicht von Hundebissen durch Ärzte. Und ein Jahr später würgte der Rat die bereits angelaufene Erfassung von Vorfällen mit gefährlichen Hunden aus finanziellen Gründen ab.

Die Stiftung für das Tier im Recht regte gestern die Einführung eines Bonus-/Malus-Systems für die Versicherung von Hundehaltern an und verlangte obligatorische Ausbildungskurse. (pjm)

Datum: 20051202

367599, TAG , 02.12.05; Words: 164, NO: OI2005120200690